

Erfrischend Kalte
wird mit Ananas
den Sommer zu verlängern.

Abwechslungsreicher
monatlich 40 Pf.
vierteljährlich 1 50 Pf.
halbjährlich 3 00 Pf.
jährlich 5 50 Pf.
Durch die Post bezogen
Lsg. Nr. 1047. Bestellgeld.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenschein)
durch die Post bezogen
Lsg. Nr. 1047. Bestellgeld.

Stapeln Nr. 1047.
Eintragungs-Nr.:
Verbands-Nr. 1047.

Volkswacht

Informationsgebühren
für die Zeitungs-
bestellung über den Raum
20 Pfennig.
Für unregelmäßige Anzeigen
20 Pfennig.
Im reaktionären Kreis
bestellt bis zum 70 Pfennig.

Interesse
Die halbjährliche Nummer
unten (speziell) die wertvollste
hat 10 Pfennig den
Gesamtwert aufgezogen
ist.

Eintragungs-Nr. in
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Unter dem „gemeinen Recht“.

(Aus dem Vordruck.)

Am 25. Januar 1890 lehnte der Reichstag die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab. Am Tage vorher sah es noch ganz anders aus. In zweiter Lesung wurde am 24. Januar mit 166 gegen 11 Stimmen die Verewigung des Schandgesetzes beschlossen; allerdings mit einem kleinen Schönheitsfehler. Die Nationalliberalen, die fürchteten, daß die Wähler im Februar 1890 sich nicht würden in gleicher Weise nachführen lassen wie bei den herkömmlichen Beschäftigungen drei Jahre vorher, lehnten die Verewigung der Ausweisung ab. Bismarck und die Juncker hielten aber am kleinen Belagerungsstand fest, und so kam es zu einem Bruch in der ausnahmsweise freundlichen Mehrheit. In dritter Lesung — am 25. Januar —, als über die ganze Vorlage abgestimmt wurde, stimmten die Konservativen — eben weil die Ausweisungsbefugnis gestrichen war — mit der Opposition gegen das ganze Gesetz, das nunmehr mit dem 1. Oktober sein Ende erreicht hatte, wenn — ja, wenn nicht eine neue Vorlage die Verewigung des Sozialistengesetzes brachte.

Allgemein war man damals in der sozialdemokratischen Partei der Ansicht, daß die Juncker so leichten Wegs das Sozialistengesetz nur deswegen fallen gelassen, um nach einer für sie günstigen Ausfallenen Wahl das Gesetz wieder in noch brutalerer Form als neue durchzuführen. Der ganze Wahlkampf stand unter der Befürchtung, daß es sich bei dieser von der Regierung ruhig hingemenen Ablehnung einer weiteren Verlängerung um ein Wahlmanöver Bismarck — hinweg. Auch Wilhelm II. hatte vor der Sozialdemokratie kapituliert, denn die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die durchgreifende sozialpolitische Reformen verheißten, wurden in der Sozialdemokratie und insbesondere vom Sozialdemokraten, unferner in London erscheinenden Zentralorgan, als eine glatte Kapitulation vor der Macht der Sozialdemokratie angesehen.

Vom 1. Oktober 1890 ab galt also für die Sozialdemokratie das gemeine Recht wieder. Ansehen, das ist nur eine Fiktion. Die Klassenjustiz sorgte und hat von je her gesorgt, daß die Sozialdemokratie auch unter dem gemeinen Recht nicht minder verfolgt wird als unter dem Ausnahmestand. Vom Jahre 1891 ab registriert der Parteivorstand die ihm bekannt werdenden Strafen, die wegen politischer Vergehen über Sozialdemokraten verhängt werden. Und in den alljährlichen Rechenschaftsberichten des Parteivorstandes erscheinen diese Strafstatistiken als Dokumente der herrschenden Klassenjustiz. Wir lassen nachstehend die Jahresstrafsummen seit 1890-91 bis 1908-09 folgen:

Jahr	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen			Geldstrafen Mk.
	Jahre	Mon.	Jahre	Mon.	Wochen	
1890/1891	—	—	89	2	—	13 2922
1891/1892	36	10	80	2	—	20 2382
1892/1893	23	1	68	7	—	31 937
1893/1894	—	—	53	7	—	6 43 747
1894/1895	18	6	64	10	—	1 34 120
1895/1896	—	—	84	8	1	31 773
1896/1897	—	—	113	8	—	33 2220
1897/1898	—	—	54	7	1	3 19 948
1898/1899	—	—	74	1	—	23 251
1899/1900	6	8	64	7	3	16 427
1900/1901	2	—	38	11	—	26 900
1901/1902	8	—	45	8	—	17 659
1902/1903	14	—	36	5	6	16 707
1903/1904	—	—	43	2	—	21 552
1904/1905	2	8	65	7	2	16 400
1905/1906	2	4	66	1	4	24 861
1906/1907	2	6	33	10	2	30 600
1907/1908	—	—	18	8	—	4 38 446
1908/1909	—	—	27	10	—	2 25 450
In Summa	111	2	1126	114	—	468 501

Stets kommen noch rund 30 Jahre Gefängnis, die wegen der Streikverurteilungen in Folge gelegentlich des großen Bergarbeiterausstandes 1898-99 ausgesprochen wurden und die 53 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängnis bis den Säbtauer Bauarbeitern von

dem Dresdener Schwurgericht auferlegt wurden. Auch die 1 1/2 Jahre Festung des Genossen Liebnecht lassen sich in die vorstehende Tabelle nicht einreihen.

Diese Klassenurteile zu den anderen hinzugerechnet, ergibt in den 20 Jahren

1326 1/2 Jahre Freiheitsstrafen,

darunter 164 Jahre Zuchthaus und fast eine halbe Million Mark an Geldstrafen! Unter dem gemeinen Recht!

In der Abhiebnummer des Sozialdemokraten schrieb Friedrich Engels:

„Die Reichsregierung will es uns gegenüber einsteilen wieder mit dem gemeinen Recht verfahren, und so wollen wir es einsteilen wieder mit den gesetzlichen Mitteln verfahren, die wir uns vermittelst kräftigen Gebrauchs der ungeschlichen wieder erobert haben. Ob dabei die „geschlichen“ Mittel wieder ins Programm aufgenommen werden oder nicht, ist ziemlich gleichgültig. Versucht wird werden, vor der Hand mit den geschlichen Kampfmitteln auszukommen. . . Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Gegenpartei ebenfalls gesetzlich verfährt. Verfehrt man, sei es durch neue Ausnahmestrafen, durch rechtschwidrige Urteile und Reichsgerichtspraxis, durch Polizeimittel oder durch sonstige ungeschliche Liebergriffe der Exekutive, unsere Partei wieder in die gleiche äußere Lage des gemeinen Rechts zu stellen, so strebt man die deutsche Sozialdemokratie abermals auf den ungeschlichen Weg als den einzigen, der ihr noch offen steht.“

Die „Voraussetzungen“ für den „geschlichen“ Kampf der Sozialdemokratie sind, wie die Strafstatistik zeigt, nicht eingetreten, vielmehr ist durch Gerichtsurteil ausdrücklich festgestellt worden, daß z. B. seinerzeit in Sachsen Klassenjustiz gegen Sozialdemokraten geübt wurde. Trotzdem ist die Sozialdemokratie auf dem geschlichen Boden geblieben und sie zeigt damit wieder, daß sie allein den Kampf gegen die Ungeschlichkeit zu führen gewohnt ist. Über das ist kein Trost; die Klassenjustiz muß gebrochen werden, gebrochen durch die politische Macht der Arbeiterklasse. Was deshalb diese Erinnerung an die Opfer des Klassenkampfes in den letzten 20 Jahren eine Mahnung sein, die Reiben der Kämpfer zu stärken und nicht zu raffen, bis die Herrschaft des Unrechts und der Willkür gebrochen ist.

Wer spielt den starken Mann?

Die Juncker arbeiten siederhaft, um die zugesagte „Reform“ des preussischen Dreiklassenrechts im Reime zu erfüllen oder sie so zu machen, daß nichts geändert wird. Durch ihren Redner v. Pappestein machten sie im Dreiklassenhaufe bekanntlich einen Vorstoß, um Bekanntheit und Furcht für Preußen laut zu stellen. Die Juncker verlangen die Trennung der Ämter des Reichsanwalters und preussischen Ministerpräsidenten, damit sie die preussische Politik von jedem Einfluß des Reiches loslösen können. Der preussische Ministerpräsident würde dann einzig und allein dem Dreiklassenhaufe zu gehören haben. Sie fürchteten, daß der Reichstag doch manderlei Einfluß auf die preussische Politik des Reichsanwalters-Ministerpräsidenten ausüben könne, den sie ausschalten wollen.

Ihre Vorgesellen sind dadurch besonders verblüfft, daß sie ihren Vertretersmann, den Finanzminister v. Bismarck haben, an die Spitze der preussischen Minister bringen wollten. Bismarck haben ist ein alter Juncker und Junckerhänger, der trotz auftreten kann und sich den Leuten um irgendwelche „Gerechtigkeits“ beim Wohlrecht führen würde.

Diesen Schiedungen der Juncker wird ansehend Erfolg blühen. Ein Berliner Blatt, das enge Beziehungen zur Beamtenchaft zu haben vorgibt, will von eingeweihter und zuverlässiger Seite erfahren haben, daß Wilhelm II. die Verewigung hat, der Reichsanwalters könne als preussischer Ministerpräsident über die Wahlrechtsfrage stolpern, womit er natürlich auch als Reichsanwalters ausgeschieden werde. In dem zu verhehlen, soll Bismarck dem Gedanken nicht abgeneigt sein, die Stelle des preussischen Ministerpräsidenten von der des Reichsanwalters zu trennen. Als Ministerpräsident sei der Finanzminister Freiherr v. Bismarck auszuwählen, der sich der Sympathien des Abgeordnetenhaufes in hohem Maße erfreue, und dem bei der Wahlrechtsreform manches gelingen könnte, an dem andere scheitern würden. Der v. Rheinbaben, dem ganz besondere Ehre nachgerühmt wird, sei schon zweimal überzogen worden und nun dadurch zu bewegen gewesen, im Sinne zu bleiben, daß ihm hohe Auszeichnungen zu teil geworden sind.

Soweit die Meldung. Ist sie richtig, dann ist der Juncker

plan bereits geklärt, der Schachzug gelungen. Die preussischen Konserwativen sind in der Tat gerillene Zerkler, die wissen was sie wollen. Und sie werden es verhehlen ihre Ziele durchzuführen, selbst wenn die Werbung noch verheilt sein sollte.

Auf jeden Fall werden sich die Juncker den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der „Wahlreform“ zu sichern wollen, so daß das preussische Volk schon von vornherein weiß, wie die Reform aussehen wird. Rheinbaben soll den starken Mann spielen, der das Volk um das gleiche Wahlrecht weiter bringt. Die Juncker fühlen, daß jetzt ein „starker Mann“ notwendig ist, weil der Stein ins Rollen kommt und man ohne forche Führung der Richtung des Laufes nicht sicher ist.

Die Frage ist nur, ob sich das Volk findet, das sich einen „starken Mann“ gefallen läßt. Sollen die Massen nicht endlich entschlossen sein, die Rolle des starken Mannes selber zu übernehmen?

Bauernfänger-Politik.

Die Fehde zwischen den Nationalliberalen und dem Bunde der Landwirte hat in der Diensttagung des preussischen Dreiklassenhaufes wieder zu lebhaften Kämpfen geführt. Man kann daraus schließen, daß sich die Luft zwischen den beiden Gegnern in der letzten Zeit tatsächlich hart erweicht hat. Denn gewisslich ist die preussische Landtagsfraktion die weitaus reaktionäre Gruppe des deutschen Nationalliberalismus, wenn selbst sie sich mit dem extremen Agrarierum nicht mehr vertagen kann, so ist das ein Zeichen dafür, daß eine politische Verständigung bis auf weiteres nicht möglich ist. Die nationalliberalen Reaktionen des Bundes treten allerdings nicht so sehr als grundsätzliche Gegner des Bundes der Landwirte sondern als dessen Konsumenten auf, einzig darin, daß sie den Bauern in Gegensatz zu dem aristokratischen Großgrundbesitz zu bringen versuchen, liegt ein gewisses sozialistisches Element ihrer Reaktionen: im übrigen ist ihr ganzes Bemühen darauf gerichtet, gegenüber der konservativen Agrarierum als die allein echten und zuverlässigen Agrarischutzhüter zu erscheinen. Aus Gründen der parteipolitischen Taktik legen sie sich so auf eine handelspolitische Haltung, die für die Entwidung der deutschen Industrie äußerst gefährlich ist. Keinem ausweislichen Beobachter kann die Tatsache entgehen, daß für Deutschland die Zeit zur Rodung seiner handelspolitischen Haltung gekommen ist, wenn anders nicht das System der gegenseitigen Abberzung zu einer ruinösen Schädigung des deutschen Exports führen soll. Denn nicht nur Frankreich und Amerika erhöhen ihre Schutzzölle, auch in England wird in nicht allzu ferne Zeit die Tarifreformbewegung steigen, wenn nicht bald auf dem europäischen Kontinent ein handelspolitischer Umwälzung eintritt. Wären die deutschen Nationalliberalen wirklich die einseitigen Vertreter deutscher Industrieinteressen, die sie sein wollen, so würden sie sich schon jetzt vorzüglich zur handelspolitischen Abklärung vorbereiten, statt sich weiter in die Sozialpolitik hinein zu verrennen, bloß um bei der Bauernagitation den Agrariern gegenüber eine bequeme Parole zu haben.

Ist also die Haltung der nationalliberalen Partei vom Standpunkt der allgemeinen Handelspolitik als äußerst bedenklich zu bezeichnen, so ist sie auf der andern Seite doch nur zu gut begründet. Als Partei der künftigen bestehenden Klassen kann der Nationalliberalismus nicht leben, weil ihm in der Welt die Massen fehlen, auf die er sich stützen kann. Im ständischen Klassen gewinnen zu können, daß ist er vom Interessensstandpunkt abhängig, in seiner ständischen Sozialpolitik zu sehr gebunden. Selbst zu der an sich doch recht billigen bürgerlich-demokratischen Parole kann und darf er sich nicht entschließen, seine „Arbeitgeber“ sind eben politisch noch nicht soweit geklärt, um zwischen Demokratie und Sozialismus untercheiden zu können, für sie ist jeder Demokrat schon ein Dreierleiter-Sozialdemokrat. Weil so dem Nationalliberalismus jedes angriffsfähige Mittel fehlt, um ständische Massen zu zeigen zu können, muß er wenigstens seine Bauern um jeden Preis sich zu erhalten suchen. Die Lösung seines alten inneren Widerspruchs vom Bunde der Landwirte bedeutet daher für ihn eine schwere innere Krise, die in jeder Hinsicht, die er seit dreißig Jahren durchgemacht hat, der Kampf um den Bauer ist für ihn ein Kampf um seine liebe Leben selbst.

Dazu kommt, daß der läbliche Mittelweg durch die Wahlrechtsreform des Reiches, wie natürlich auch Preußens, viel größeren Einfluß hat, als ihm nach seiner Stärke im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung zukommen würde. Dem Nationalliberalismus glaubt auch hier dem Bauernstand entgegenkommen zu müssen, indem er sich sowohl einer gerechten Einseitigkeit der Reichswahlreform wie der Einseitigkeit des gleichen Wahlrechts in Preußen widersetzt. Es fragt sich eben doch sehr, wie lange es ihm gelingen wird, in seiner Politik die reaktionären Interessen des mittleren ständischen Grundbesitzes und des ständischen Großgrundbesitzes zu vereinen, ehe er nicht länger als bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein Gegensatz der beiderseitigen Interessentinteressen in deutliche Erscheinung tritt. Dieser Zeitpunkt kann aber durch die Entwidung der Welt handelspolitik sehr bald herbeigeführt werden.

Politische Uebersicht.

Seite a. S., 26. JANUAR 1910.

Aus dem Reichstage.

Die Beratung des föderalistischen Nachtragsetzels im Reichstage gestaltete sich, wie vorausgesehen war, zu einer „Diamantdebatte“. Im Diamantene drehte sich das Referat des Berichterstatters Senler, um Diamanten die langwierige Rede Erbbergs, um Diamanten der furchtbaren matte und langweilige Erfurt des Staatssekretärs Dernburg, den nur ein einziger Mann mit Aufmerksamkeit anderte, Dernburg junior nämlich, der von der Diplomatenlogik mit väterlicher Vergütung auf seinen Sprößling herabschaute.

Der Überdubler hatte selber natürlich in der Debatte eine große Rolle. Inseer Feiler kennen die kuriose Geschichte der Diamantenrebellen, die am Vordublerbürgermeister ihren Führer und, wie es scheint, am Gouverneur und Gütlichkeitskapitel Schumann einen ganz oder halb geheimen Ökonom hat. Im Streit mit den Überdublerbüchern ist das Recht ungleichfalls auf Dernburgs Seite. Das betrifft auch niemand im Reichstage, obwohl der nationalliberale Nationalkommissar Kring wie ein gereifter Rechtsmann auf midernbe Umständen für die Reiterer plädierte. Fernwählich hat die Budgetkommission auf Eingangsentscheidung übertragung zur Logeordnung über das im Reichstage stufenweise gehaltene Telegramm der Diamantenrebellen beschlossen. Selbstredend bedeutet unter Eintritten für Dernburg in diesem Spezialfall in seiner Weise eine Zustimmung zu der Kolonialpolitik des Herrn Dernburg. Bewußt untercheidet sich der Staatssekretär sehr zu seinem Vorteil von der Bewilligung da unten im Südwesten. Aber im Prinzip streben sie beide auf demselben Boden der ausbreitenden Konquistadorenpolitik, die eine direkte Fortsetzung der Westens Westros und des Westen ist. Mit großer Schärfe brachte Senler die untere unbedingte Ablehnung dieser ganzen Kolonialpolitik zum Ausdruck.

Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt.

Die Weltanschauung des Reichstages.

Der Senatorenentwurf besprach Dienstag abends die Kontingenz (Beschränkung, Festlegung) der Debatten, speziell beim Etat des Innern. Eine Einteilung der Generaldebatte in Materien wurde die Debatte nur verlängern. Darin war man einig. Es handelt sich gegenwärtig nur um die Festlegung des Etats; die Zeit dazu ist kurz, daher ist der Weg der Kontingenzberatung beschleunigt worden. Dieser Kontingenzberatung wird sich aber nur darauf beziehen, daß die allgemeine Debatte fünf Tage und die Spezialdebatte vier Tage dauern wird. Bei der allgemeinen Debatte werden Resolutionen wie bisher gestellt werden können, nur soll die Zahl derselben möglichst beschränkt werden. Bei der Spezialberatung bleibt dagegen alles wie bisher. Die Frage, ob Initiativentwürfe in Resolutionen umgewandelt werden können, bleibt offen. Die einzelnen Parteien begnügen sich darauf, speziell die in den Initiativentwürfen niedergelegten Materien gründlich zu behandeln. Auf die Scherzreden soll darum mehr Gewicht gelegt werden, obgleich Scherzreden wegen der Kürze der Zeit bis zur Fertigstellung des Etats nur alle 14 Tage stattfinden. Die Frage, warum der Militäretat bereits auf die Tagesordnung gestellt sei und nicht der Etat des Reichsamt des Innern, wurde kaum erörtert, doch vorläufig andere Stoff nicht möglich. Bei der allgemeinen Debatte werden die Budgetkommissionen sehr langsam arbeiten und darum diese Reihenfolge gewählt wurde. Sobald als möglich soll jedoch der Etat des Innern auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Schulden, die Schulden!

Das Deutsche Reich nimmt eine neue Anleihe von 340 Millionen Mark zu 4 Proz. auf. Die Reichsschulden steigen damit auf 4 898 500 000 Mk. Es sind dann außerdem noch zu begeben 378 Millionen Mk. für die ein späterer Termin abgemart wird. Damit hat man die gesamte Reichsschuld den Betrag von 5 271 500 000 Mk. erreicht.

Die beiden Erben und die großen Vermögen aber läßt das Reich steuerfrei. Es lebt lustig auf Pump — und preßt die Sinen für die Schulden, die den Kapitalisten in die Tasche fließen, aus den arbeitenden Massen heraus, mittels Lebenshaltung des durch Nahrungs- und Genussmittelsteuern auf ein erbärmliches Niveau herabdrückt.

Vor zwanzig Jahren.

Im Januar 1890 begann in der inneren Politik des Deutschen Reiches die große Wende, durch welche die Arbeiterklasse von dem Druck des Sozialistengesetzes befreit wurde.

Die Herrschaft des „Säkularen“ Bismarck ging ihrem Ende entgegen, obgleich er im Reichstage sich auf die reaktionäre „Suramajoritität“ von Junkern und nationalliberalen Bourgeois stützen konnte, die durch jene „Angstmaßnahme“ von 1878 zurückgekommen war. Hier oben ließ sich „Es ging nicht mehr“. Das berüchtigte „Spanischer Krieg“ mit dem Bismarck die Opfer des Sozialistengesetzes internieren oder heimlich machen wollte, war gefallen, weil es auch den Nationalliberalen zu weit ging. Im Winter 1889 bis 1890 begannen alsdann die Verhandlungen über die Verlängerung des Sozialistengesetzes, das immer nur auf drei Jahre verlängert worden war. Bismarck brachte eine Vorlage ein, die das Gesetz mit einigen sogenannten richterlichen Garantien versehen, dafür das ganze aber dauernd machen sollte.

Die „Suramajorität“ war zwar bereit, das Gesetz zu verewigen. Aber sie spaltete sich. Die Nationalliberalen wollten, um ihren politischen Kredit nicht ganz zu verewigen, auch eine gewisse Milderung bringen. Sie wollten den legendären Heinen in der Lage setzen, sich an dem „nämlich die politische Ausweisungsbefugnis nach § 28 des Gesetzes, getrennt haben, welche die verheißene Bestimmung war. Die Kontroversen aber erklärten sich ein dauerndes Gesetz ohne Heinen Belagerungszustand für „unbrauchbar“.

Mering sagt in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß hinter dieser Geschichte eine Tausche stehe. Sie stehe in der Tat dahinter, aber sie wurde erst später bekannt. Miquel, damals noch Oberbürgermeister von Frankfurt, zu dem der Kaiser gesagt hatte: „Sie sind mein Mann!“ sah nunmehr seine Zeit gekommen, da er jedenfalls genau wußte, wie das Gesetz mit Bismarck schon damals stand. Die Tausche war eine Miquelsche Intrige, und sie war nicht über angelegt.

Der nationalliberale Partei wurde die beiden einflussreichsten Führer, Bennigsen und Miquel, verewigen Meinung in bezug auf das Sozialistengesetz. Der von Bismarck hochgeachtete lang mit dem Führer eines Ministerportefeuille genarrte Staatsmann Bennigsen wollte Bismarck lieber zum Gefährlichen sein und das Sozialistengesetz mit dem

Die Kapitalisierung der Politik

macht Fortschritte. Bund der Landwirte, Sanfahund und der Wahlfortschrittsfonds des Verbandes deutscher Industrieller bejagen heute jeder für seine Interessen die Wahlbeeinflussung. Aber jede Organisation streift, politisch zu sein. Die Deutsche Tageszeitung wird nicht müde, den Janabund in dieser Richtung zu warnen. Der Präsident des Bundes, Geheimrat Fiege, hat in der Rede zum Jahrestag des Bundes den Inhalt betont, daß der Janabund „eine politische Partei sei. Damit ist aber nicht gesagt, daß der Janabund nicht auch politisch tätig sei. Er wolle im Gegenteil bei den Wahlen eine umfassende politische Tätigkeit entfalten, indem er jeden Kandidaten unterstützen wolle, der sich um den Standpunkt der Richtlinien des Janabundes stelle. Das haben wir in Halle so bereits so schön erlebt. In dieser Angelegenheit wird die Deutsche Tageszeitung sehr richtig das Verständnis, daß der Janabund ein politischer Verein sei, und demnach allen Befürwortungen unterworfen werden müsse, die für politische Vereine bestehen.

Dieser Streit ist lustig. Denn gerade die Deutsche Tageszeitung ist das Organ des Bundes der Landwirte, der bekanntlich hervorragend politisch ist. Da die Agrarier jedoch — eben durch ihren Bund — die Regierung bedrängen, hütet sich die Regierung, den Agrarierbund als politisch zu behandeln. Die Denunziation der Agrarier, daß der Janabund politisch sei entspricht der Taktik, als Dieb am lautesten „Galtet den Dieb“ zu schreien.

Die Vollmachten leben in diesem lieblichen Streit nur den Beweis, daß die politische Partei, das nadtige Geschäft großer Interessengruppen der bestehenden Klassen sind.

Koloniale Vorkriegszeit.

In der Budgetkommission des Reichstages machte am Dienstag der Staatssekretär des Reichscolonialamtes eine allerliebste Entführung über die Vorkriegszeit, wie sie unter seinen Vorgängern behan hat. Es handelte sich um unsere Schutztruppe in Südwestafrika. Dieselbe ist 1800 Mann stark ohne Offiziere, Militärärzte und Unteroffiziere. Unter den Unteroffizieren sind 32 Feldwebel, 23 Gefreitefeldwebel und 34 Jahnmeister. Den Militärbediensteten der Kommission erklärten namentlich die Zahl der Jahnmeister im Verhältnis zu den Mannschaften zu hoch und es wurde die Frage gestellt, ob man nicht den Bediensteten die Funktionen der Jahnmeister mit übertragen könne. Das geht nicht, erklärte Staatssekretär Dernburg, wir müssen sechsundzwanzig Leute haben, oder soll es wieder so gehen wie früher, wo einfach auch Geradenoffiziere einbestellt wurde. Ich habe jetzt noch 500000 moffene Strümpfe und Unterhosen zu verlaufen, die seinerzeit zu viel angekauft wurden. Die Kommission hat dieses Kapitel ausgelesen und die Angelegenheit an eine Subkommission verwiesen, die etwas abzuhandeln versuchen soll. Voraussichtlich wird sie sich auch mit den früher und viel angekauften Strümpfen und Unterhosen beschäftigen und entsprechende Vorschläge machen, wie Dernburg seine ererbten Vorkrieger wieder los wird. Vielleicht findet sich auch hier wie bei der Unteroffizierskommission in Sief ein Hunger Frankenthal, der das Altimaterial anlaßt.

So wird mit den erpreßten Steuergrößen geludert!

Der „Führer des Freisinn“.

Dem aus dem Staatsdienst scheidenden Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und früheren Chef der Reichstagsliste Herrn v. Loebell widmet die Volk. Ztg. einen schmerzhaften Nachruf, worin es heißt:

Wiemohl nur 11 Jahre Staatssekretär, war Herr v. Loebell doch Staatsmann. Er hat an der Woldpolitik des Fürsten Wilhelms erheblichen Anteil gehabt, ist Verdienst für sie eingetreten, hat sie zu unterstützen geliebt bis an Ende. Man hat gelegentlich von ihm scherzhaft gesagt, er sei der Führer der Reichstagsliste gewesen, er sei der Führer der Reichstagsliste gewesen, konfessionell zu sein, hat auch aus dieser Bestimmung ein Wohl gemacht; das aber ist richtig, daß er aus innerer Überzeugung immer lebhafter für die Gleichberechtigung der bürgerlichen Linien eintrat und dem Gedanken, ihn den gebührenden Einfluß auf die Politik, die Gesetzgebung und Verwaltung zu schaffen, nach Möglichkeit Vorwärt leistete.

Herr v. Loebell war bezeichnend früher konfessioneller Reichstagsabgeordneter und wurde seinerzeit als Vertrauensmann der konfessionellen Partei, oder wie man damals sagte, als konfessioneller Aufstiegsbeamter in das Reichstagsamt be-

ruft. Das war ein kleiner Staatsrechtler machen, die Arbeiter auf die Straße locken und sie in einem Wutbad ertränken, um sich in seiner Stellung zu halten. Das führte, bei Boden nach den Wahlen, seinen Sturz herbei, und im Juni gelangte Miquel, der so geschickt intrigiert hatte, in die preussische Regierung.

Bismarck zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

Miquel zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

Miquel zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

Miquel zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

Miquel zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

Miquel zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

zuten. Daß er diese seine ursprüngliche Bestimmung niemals ausgehen und verewigt hat, bestrah auch die Volk. Ztg. Aber wenn man Herrn v. Loebell den Führer der Freisinnigen nannte, so war das doch mehr als ein Scherz. Herr v. Loebell hätte es sicher dankend abgelehnt, mit Herrn Bismarck um die Führerschaft des Freisinn zu konkurrieren, trotzdem waren die Freisinnigen sehr stolz, von dem konfessionellen Staatsmann Loebell geführt zu werden, was es auch nur — an der Nase.

Der braunschweigische Landtag wieder sozialistischer.

Am 12. Januar vorigen Jahres wurde unter Genoffe Dr. Jasper in der Städtewahl im dritten Wahlkreis der Stadt Braunschweig als erster sozialdemokratischer Abgeordneter in den braunschweigischen Landtag gewählt. Er erhielt 89, zwei Gegner 34 und 24 Stimmen.

Am 18. Dezember 1908 hatte die erste Wahl für den Wahlkreis stattgefunden. Dabei erhielt ein bürgerlicher Bauernreifer 34, Genoffe Jasper und ein Zimmermeister Rieh je 21 Stimmen. Dabei war für den Zimmermeister eine Stimme mitgezählt worden von zwei Stimmzetteln, die ineinander gefallen, von einem Wähler abgegeben worden waren.

Dienstag morgen trat der Landtag zusammen und erklärte — in geheimer Abstimmung — wegen der Wiederberatung der einen Stimme für den Zimmermeister Rieh die Wahl Jaspers nahezu einstimmig für ungültig.

Damit ist der braunschweigische Landtag wieder sozialistischer.

In Baden wie in Preußen!

Bei der Beratung des Etats für Strafanstalten im badischen Landtage kritisierten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Behandlung der Gefangenen, insbesondere der wegen Streit und politischer Vergehen internierten. Der Justizminister gab die Erklärung ab, daß die wegen Verweigerung von Bekraften eine andere Behandlung nicht erfahren könnten; eigene Kleidung zu tragen sei nicht erlaubt, damit die anderen Gefangenen nicht verletzt werden. Wegen der politischen Überzeugung werden „eine Unterwäsche unter den Gefangenen“ gemacht. — Es ist etwas herrliches um die demokratische Gleichberechtigung — zwischen Raumbauer und politischem Redakteur.

Deutsches Reich.

— Zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrag. Die amerikanische Regierung soll sich mit der Absicht tragen, eine besondere Kommission nach Berlin zu entsenden, um hier mit den beteiligten Kreisen in Verhandlung über die Botschaft einzutreten. Wie behauptet wird, soll die amerikanische Regierung entschlossen sein, von ihren Forderungen bezüglich der Fleischimporte einiges nachzulassen.

— Zur Reform des Militärstrafgesetzbuchs. Die Berliner Politikerkreise teilen erneut mit, daß eine Reform des Militärstrafgesetzbuchs, weil dasselbe nur eine Ergänzung des Allgemeinen Strafgesetzbuchs darstellt, erst nach der Reform dieses Gesetzes in Angriff genommen werden solle. Bei einer Reform des Militärstrafgesetzbuchs soll dann auch die Frage der Einführung von Geldstrafen anstatt der Haftstrafen bei geringen militärischen Vergehen der Personen des Beurteilungsbereiches zu erwogen werden.

— Die Casablanca-Entschädigung. Die Forderungen der einzelnen Staaten an Marokko sind von einer internationalen Kommission geprüft und nun in folgender Weise festgesetzt worden: Deutschland erhält statt 2 400 401 Frank, nur 1 287 602 Frank. Ingeheim sind von den erbobenen Anträgen in Höhe von 28 478 800 Frank 18 069 648 Frank als berechtigt anerkannt worden.

— Wahlrechtsänderung in den Reichsländern. Sämtliche Wahlrechtsparteien des Reichslandes beabsichtigen, bei der Eröffnung des Landesauswahles durch eine Massenemonstration größten Stills die Regierung auf die Wahlrechtswünsche des Volkes aufmerksam zu machen.

— Wahlprotest. Gegen die Wahl des freisinnigen Freibergers Runge in Probst, die durch den bekannten Mandatsstempel der Genossen Ad. Hoffmann ermöglicht wurde, haben die Wähler Genossen Protest erhoben. Das Reichstagsamt wird nun zu sehen haben, ob es den Mandatsstempel auch an Freisinnigen oder nur an Sozialdemokraten vollzieht.

— Aus dem sächsischen Landtage. Am Dienstag wurde ein lebhafter Kampf ausgefochten zwischen der Regierung und den

berits“ noch schnell einen kleinen Staatsrechtler machen, die Arbeiter auf die Straße locken und sie in einem Wutbad ertränken, um sich in seiner Stellung zu halten. Das führte, bei Boden nach den Wahlen, seinen Sturz herbei, und im Juni gelangte Miquel, der so geschickt intrigiert hatte, in die preussische Regierung.

Bismarck zog sich nach Friedriehsruh zurück und tobte dort seine Wut in allerlei Schimpereien aus. Die „alte Kaiserliste“, wie er sich selbst nannte, mochte ganz besonders ergrimmt sein, daß er wegen der Sozialdemokratie gefallen war, die er verewigt für sich zu gewinnen bestrah und dann so getrimmt verfolgt hatte.

Wilh. Vlos (Braunschwig. Volksfreund).

Humor und Satire.

Geist und sein Vorhof.

Nachdem der Senat der Universität Kopenhagen den gefassten Vorpostenbescheid zum Ehrenmitglied ernannt hatte, beschloß er, die Prüfung der Beweise und des Freiheitsbundes vorzunehmen. Die sind ernannt worden, den Originalen des großen Fortschritts hier zum ersten Male vorgelegt zu werden: Einmal sagte ich zu meiner Frau: „Warte nicht mit dem Geist auf mich, denn ich gehe ein bißchen an den Vorhof.“ — „So? Dann mußt Du nicht verzeihen, Deinen Vorpostenbescheid mitzunehmen.“ antwortete ich. Ich sah also meinen Hebersteiner an, sagte meiner Frau: „Du bist ein bißchen Böschlich von Spitzbergen gewiet der Weg ab. Ich ging die Straße rechts, da wo der Wegweiser steht. Bald hatte ich die Höhe erreicht. Ich habe ihn photographiert und lege die Aufnahme dem hohen Senat vor. Der Herr sagt mir nichts darauf, denn der Vorhof ist so ruffant, daß ich wirklich den Vorhof erreicht habe. Da kam mir ein rettender Gedanke. Aufjählich hatte ich eine kleine Säge bei mir. Ich legte den Vorhof ab. Es ging ganz leicht, denn er bestand aus reinen Schotolaten. Ich wickelte ihn in Papier und nahm ihn mit nach Hause. Dort legte ich ihn an die Kommode. Angewandterweise ist mein Sohn ein großer Freund von Süßigkeiten. Er hat den Vorhof aufgefressen. Infolge dessen leidet dieser Knabe die Magenstapel so sehr ab, daß man ihn auf seinem Schiff als Ballast aufzunehmen kann. Somit würde ich dieses Kind als wichtiges Verewigt dem hohen Senat der Universität Kopenhagen unterbreiten können.“

(Simpatissimo)

Konferenzen auf der einen Seite und den Parteien der Linken auf der anderen Seite um einen prinzipiellen Standpunkt, nämlich die Pensionen für die Sachverständigen auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Regierung sträubte sich mit Händen und Füßen und verfuhr alles, um die Nationalisten zum Abfall zu bewegen. Ihre Bemühungen waren aber umsonst, die starke Linke, Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten, stimmte geschlossen für die Übernomme der Pensionen auf die Staatskasse. Die Regierung hat die Hoffnung, daß die meisten 1. Kammer sich auf einen anderen Standpunkt stellen wird. Es würde für den Fall dann später das Vereinigungsverfahren eingeführt werden, das heißt, ein Zusammenlegen der 1. und 2. Kammer. Es ist erfreulich, daß die Liberalen in diesem Falle Stand gehalten haben.

England.

Die Wahlen.

London, 26. Januar. Der Stand der Wahlen war um 1 Uhr nach folgender: Die Unionisten besaßen nunmehr über 237 Mandate, die Liberalen haben 207 Sitze erhalten, Nationalisten 72 und Arbeiterpartei 35. Die Unionisten gewinnen 11 Sitze, die Liberalen 18, die Arbeiterpartei 2.

Dänemark.

Gegen-Alberti.

Kopenhagen, 26. Januar. Die Untersuchung gegen den früheren Justizminister Alberti ist gestern beendet worden. Alberti, der gestern zum letzten Male persönlich vor dem Untersuchungsrichter erschienen sollte weigerte sich hartnäckig und erklärte, er sei „nervös“. Die Verurteilung ist für 21. Februar vorgesehen. Die Akten der Affäre, die nicht weniger als 100 Bände umfassen werden morgen dem Gericht zugehellt. Das Urteil ist wegen des großen Umfangs den die Angelegenheit genommen hat, nicht vor 6 bis 8 Monaten zu erwarten.

Frankreich.

Der Kampf um die Schule.

Paris, 26. Januar. Die Kammer setzte die Debatte über die Schulfrage fort. Jaurès gewann mit seiner Rede über die Nationalität wiederholt den Beifall der gesamten Linken. Auch er konnte in seiner Rede, der weitaus bedeutendsten dieser achtzigstündigen Debatte, die von dem Reich und gegenseitigen Folgerung, daß die Zeit für das Unterrichtsmonopol noch nicht reif sei, fest und unter lautem Beifall der gesamten Linken, an dem sich besonders lebhaft auch die Minister beteiligten, mit den Worten: „Die Entwidlung der Schule ist untrennbar mit der sozialen Entwicklung verknüpft. Die Republikaner müssen mit Energie, aber auch mit kaltem Blut beide gemeinsam verteidigen.“

Nach beendeter Debatte wurde unter Zustimmung des Ministerpräsidenten eine Tagesordnung des Beschlusses mit 385 gegen 134 Stimmen angenommen, in der die Kammer ihr Vertrauen der Regierung ausgesprochen, daß diese die Schulfrage gegen alle Gegner verteidigen werde, und ihren Entschluß kundgab, vor dem Auseinandergehen der verschiedenen Parteien zur Verteidigung der Schulpflicht zu beraten. Als erste Hilfe bei der Ueberwindung der Schwierigkeiten, die die Kammer einen Kredit von zwei Millionen Franz. Rückzahlungen trat vor.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Affäre.

Budapest, 26. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das faterliche Kommando fortgesetzt, wobei die Gruppe der Unabhängigkeitspartei mit der Befreiungspartei wieder festlich aneinander gerieten. Der Finanzminister Dr. v. Rakaczky äußerte sich in einer Interzession, daß die Neuwahlen jedenfalls in kürzester Zeit stattfinden werden.

Rußland.

Die Polizei- und Spitzelwirtschaft.

Der bekannte Schriftsteller A. Rubatin veröffentlicht interessante Angaben über die Stärke der russischen Polizei und die Unsummen, die sie dem Volke kostet. Bei der letzten großen Volkszählung im Jahre 1897 wurden insgesamt 104.675 Polizisten und Gendarmen gezählt, die Spitzel und Provokateure natürlich nicht mit inbegriffen. Am Verlauf von zehn Jahren hat diese Zahl, wenn man nur die offiziellen Angaben berücksichtigt und das zahlreichste Heer der Spitzel und Spitzelkäufer außer Acht läßt, mehr als um das Doppelte zugenommen. Als die Agrarunruhen ausbrachen, wurde 1903 auf die Anzucht von Polizeiwachen die Aufmerksamkeit enorm vermehrt. Wie aus dem Etat des Ministeriums des Innern ersichtlich ist, wurden 1907 in europäischen Rußland allein mehr als 10.000 Landpolizeimannschaften und 47.000 Landpolizisten gezählt, die die „Verhütungsbewehrung“ auf dem flachen Lande ausübten. Ganz enorm sind die Ausgaben für die politische Geheimpolizei angewachsen. Nach den Angaben des Ministeriums für den Aufbruch in der Duma sind die Ausgaben für das Gendarmereiswesen, dem die oberste Leitung der Spitzel- und Spitzelkäufer obliegt, in den letzten fünf Jahren um 3 Millionen Rubel gestiegen. Welche enorme Summen der Polizeiparapparat verschlingt, ist daraus ersichtlich, daß für das Ministerium des Innern im Jahre 1903 insgesamt 88 1/2 Millionen Rubel bewilligt waren.

Ergänzungswesen wäre noch, daß für die Spitzelkäufer und Spionage im Innlande wie im Auslande ungeheure Summen be-

willigt werden. Interessante Daten darüber haben die Enthüllungen während der Kasse und Vertikung-Affäre und noch kürzlich während des Galles Karapoz gebracht. Unter der offiziellen Kredit des Ministeriums des Innern, gibt es noch für den Unterhalt der politischen Polizei im Jahr und Ausnahme geheime Korruptionen, über die seinerzeit in einem geheimen Memorandum an den Zaren (1896 im Vorworte veröffentlicht wurde) interessante Aufschlüsse gegeben hat. Nicht zu vergessen endlich die Millionen, die die innerlichen Landchaftsübernehmungen und vielerorts auch die Bourgeoisie in den letzten Jahren für die Verhäufung der Polizei aus öffentlichen und privaten Mitteln bewilligt haben.

Amerika.

Regierung und Rechts.

Neu York, 25. Januar. Nach Meldungen aus Washington soll die Regierung wieder einmal ein „planmäßiges“ Vorgehen gegen alle Feindschaften und gleichzeitige Internieren vorbereiten, zur Einschränkung des Wettbewerbs mit ungelieblichen Mitteln. — Es wird auch diesmal, wie noch immer, bei den „Vorbereitungen“ bleiben.

Aus der Partei.

Ueber den Schnapsbottel schreibt die Hilfe, die bekannte Wochenchrift Friedrich Naumanns, in ihrer jüngsten Nummer: Der Schnapsbottel hat auch den Kreuztag der Sozialdemokratie beschlagnahmt, und diese Inkonsistenz hat den Leipziger Beschluß nochmals bestätigt. Das beweist gleichzeitig mit einer dieser Gruppe ist, den politischen und gesellschaftlichen Kampf gegen den Schnaps durchzuführen. Davor soll man sich tun haben. Wenig ist zu fürchten, als wenn ein Teil der bürgerlichen Presse diese parteimäßige Verpöschung des Schnaps als Gelegenheit für billige Witze behandelt, daß in diesem Versuch großzügiger „Steuererhebung“ durch Abkürzung ganz und gar nicht angeht. Die Junter wollten so lange, als sie es noch nicht spüren. Das Zentrum schimpft mit Heuchelei, weil es seinen Arbeitern gegenüber diese ethische Entschlossenheit der Sozialdemokratie nicht wahrhaben will. Aber die übrigen Parteien sollen diesen Bemühungen der Sozialdemokratie ihre Sympathie und ihre Unterstützung geben.

Gewerkschaftliches.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in England im Jahre 1909.

Der verhängnisvolle Einfluß der wirtschaftlichen Depression auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterchaft wird drastisch durch eine Loeben vom englischen Arbeitsamt veröffentlichte Statistik illustriert, der wir folgende Daten entnehmen: Von rund 400.000 Gewerkschaftsmitgliedern, auf die sich die Erhebung erstreckt, waren im Durchschnitt im Jahre 1909 77% ständig arbeitslos, gegen 78% im Jahre 1908. Die entsprechenden Differenzen für frühere Jahre waren: 1905 5%, 1906 36%, 1907 37%. — Im Jahre 1909 erlitten 1.295.111 Arbeiter Lohnkürzungen von insgesamt 1.399.180 Mk. wöchentlich, während nur 16.481 Arbeiter eine winzige Erhöhung von durchschnittlich 13.940 Mark pro Woche erzielten. Allein im Textilvergewerbe gingen die Löhne um etwa 160.000 Mark wöchentlich für etwa 136.000 Beschäftigte zurück und um etwa 50.000 Mark für 50.000 Arbeiter im Maschinen- und Schiffbau. — Eine Verringerung der Arbeitszeit wird für 62.753 Arbeiter (ohne die durch das Vergeßverhältnis) berichtet, von denen 1690 nurmehr 3278 Stunden pro Woche länger arbeiten, während die Arbeitszeit für 61.063 Arbeiter um 110.271 Stunden wöchentlich verkürzt wurde.

Die Watermeister und der Reichstärker.

In Mannheim tagte die Generalversammlung des Badischen Maler- und Tischlermeister-Vereins. Das Vorstandsmitglied des Reichsverbandes, der Watermeister Emil Krüger, Berlin referierte über den Aufbruch des Lohnkampfes. Dieser Herr trat zwar für friedliche Einleitung der von den Meistern aufgestellten Verhandlungen ein, der von oben auf den seine Rede geknüpft war, bemerkte, daß die Gehilfen nach manchen Strauß mit den Meistern wegen der Auslegung des Vertrages werden aussetzen müssen. Leidenhaftlich rief der Redner den Verammelten zu: „Nähen Sie den Reichstärker im Interesse der Kollegen bis zur äußersten Notens aus!“ — Die Arbeiter werden den Liebesruft der Herren dadurch zu brechen wissen, daß sie ihre Interessen nicht weniger energisch verteidigen.

Aus den Nachbarstaaten.

Wittenberg, 25. Januar. Stadtverordnetenversammlung. Der 1. Bürgermeister verweist zunächst auf den gedruckt vorliegenden Verwaltungsbereich, welchen in den Hauptpunkten kurz folgend: Die Verwaltungsbereich, welchen in der Mitteilung von 2. Nachleselehrerinnen an der Bürgerschule zum Winterbeginn von 1000 Mk. und 360 Mk. Winterausgaben; es sind außerdem 3 Hilfskräfte an der Schule tätig. — Für die Winter beginnende höhere Mädchenschule fordert der Magistrat 4 Nachmalstunden für Schulzwecke; eine ist bereits vorhanden. Einige Lehrerarbeiten werden besorgt, doch meist der Erzieher Bürgermeister nach, daß nach den Erfordernissen für höhere Mädchenschulen nur 4 Schulleitern auf eine Mädchenschule kommen dürfen, und andererseits für die Schwierigkeiten ersuchen würden. Die Vorlage wird mit 15 gegen 13 Stimmen verworfen. — Ein Antrag, den Gehaltsnach der Mittelschule zu vergrößern, wird der Sanftmütigen überwiesen. — Die Fächer- und Materialkosten hat einige Vorläufe eingereicht, nach denen Arbeiten für größere Bauten möglichst frühzeitig vergeben werden sollen, um Verzögerungen, wie beim Neus-

bau der Mädchenschule zu vermeiden. Die Bestimmung nimmt an der nicht. In der letzten Stadtverordnetenversammlung der Mädchenschule verlangt Bürgermeister E. König eine Entschädigung von 97 Mk. Es handelt sich um das Verlangen von Eiden. Die Sache wird indes nach längerer Diskussion an die Baukommission zurückverwiesen. — Die höhere Mädchenschule beschließt wiederum die Vergrößerung der Einrichtung von 2 Parallelklassen und Anstellung von 3 Lehrerinnen, nicht nur Debatte. Stadtverordneter Walter glaubt, daß auch für diese Schule (welche bekanntlich in der Mittelstufe untergebracht werden soll) noch ein Neubau nötig machen wird. Seine Bedenken werden aber vom 1. Bürgermeister Dr. Schirmer gestrichelt, jedoch die Vorlage demittigt wird. — Für die Anstellung von 2 neu einzureichenden Zimmern im Rathaus werden jährlich 60 Mk. bewilligt. — Zum Schluss wird die Vergütung einiger Schloßer- und Tischlerarbeiten an Mädchenschulen beschlossen.

Wittenberg, 26. Januar. Den einen alles, den anderen nichts. In der letzten Stadtverordnetenversammlung der Gehalt des Ersten Bürgermeisters mit 1700 Mk. aus des Zweiten Bürgermeisters mit 700 Mk. und der des Stadtrats mit 500 Mk. erhöht. Die Hundsmittelarbeit bezahlen hiesigen Arbeiter bekommen eine Gehaltserhöhung in Gehalt von — folgenden Worten.

Leipzig, 26. Januar. Lohnbewegung. Durch die bürgerliche Presse geht eine Nachricht, daß hier die Dage, daß er in eine Lohnbewegung eingetreten wären. Es folgen einige Forderungen in Bezug auf Entlohnung und Arbeitszeit gestellt werden, die die Arbeiter nicht annehmen wollten. Es wird mit einem demnachstigen Streit geschickt. — Auch die Arbeiter sollen in eine Lohnbewegung eingetreten sein. Nach derlei Quelle fundig mit dem Hinweis auf die erdvermerkten Lebensbedingungen der Tagelöhner am 1. Januar den Gehalt des am 1. April ablaufenden Lohnstarif. Die Meister hoffen, daß der neue Tarif den hiesigen Beschäftigten Rechnung tragen und sich in „annehmbaren“ Grenzen halten werde.

Der Arbeiterblatte ist von diesen wichtigen Vorgängen sehr interessiert seine Mitteilung ausgegangen.

Wien, 26. Januar. Infolge der beim Deputierten des Saales im Gehalt zum goldenen Rand in Raucherzimmer beschlagnahmt zwei Gartner kürzigen getrennt durch Geleiten der Leiter aus beträchtlicher Höhe und wurden erheblich verletzt. Darum Vorrecht beim Leitergehen.

Wien, 26. Januar. Aus der Kommune. Nach der Gärberhandlung Zeitung beschlagnahmt die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung mit der Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten und genehmigte die dahingehende Vorlage des Magistrats. Danach wird das Gehalt des Stadtrats, Stadtkommissars und Stadtkommissars mit je 200 Mark, das des Stabschultheißers mit je 100 Mark, das der Bureauassistenten um 40 Mark und das der Polizeiführer und des Stadtrats um je 100 Mark erhöht. Das Gehalt des Bürgermeisters wurde um 300 Mark aufgestellt. Die Mehrausgabe beträgt insgesamt 102 Mark. In Anbetracht der erheblichen Erhöhungen, welche die Gehaltserhöhung infolge des neuen Verordnungsverfahrens machen muß, hat der Schulvorstand beschlossen, das Gehalt für die Mittelschullehrer am 1. April d. J. ab zu erhöhen, und zwar um 8 Mark pro Kind. Sofern jedoch aus einer anderen Ursache oder mehr Kinder die Schule betreten, soll die Erhöhung für das zweite oder folgende Kind nur 4 Mark betragen.

Wien, 26. Januar. Ein Wahlfeld. Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde der von der Arbeiterblatte aufgestellte Kandidat Zimmermann Friedrich für eine mit 68 Stimmen gewählt. Sein Gegner erhielt fünf Stimmen. Es war das erste Mal, daß sich der Arbeiterblatte für die Wahl sehr zahlreich an der Wahl beteiligte. Bei der Hauptwahl der Stadtverordnetenversammlung mit je 60 Stimmen gewählt. Die Wahl wurde für ungültig erklärt, weil er nicht Quasi-besitzer ist. Die Wahl seines damaligen Gegners wurde angefochten, weil er die preussische Staatsangehörigkeit nicht besitzt, obgleich er schon über 25 Jahre im Stadtparlament gesessen hat. Das nächste Mal muß das Stimmverhältnis ein noch besseres werden.

Niederwiesenthal, 25. Januar. Ein Opfer der Verführung. Ein bisher unbekannter 23jähriger Schachtarbeiter von hier, der von der Staatsanwaltschaft wegen schweren Diebstahls angeklagt war, der Mann hat einem hiesigen Landwirt aus einer Kartoffelmiete zehn Zentner Kartoffeln entwendet und sie an einen anderen Landwirt für 2 Mk. pro Zentner verkauft. Er vertritt mit Bestimmtheit vom dem Landwirt, der die zehn Zentner Kartoffeln gekauft hat, um dem Diebstahl angeklagt worden zu sein. Der Landwirt bekennt sich. Der Schachtarbeiter hat merkwürdigerweise die Sache selbst zur Anzeige gebracht, weil er eines Tages von dem Landwirt, der ihn angestellt habe, Spitzbube genannt wurde. Durch die Anzeige wollte er nachweisen, wer der eigentliche Spitzbube ist. Der Schachtarbeiter war aber der allein Verführte, da man dem Landwirt eine Mitteilung nicht nachweisen konnte. Die Staatsanwaltschaft ist wohl für möglich, jedoch nicht nachweisbar, daß der Angeklagte angestellt worden ist. Der Schachtarbeiter wurde zu der niedrigstzulässigen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Für die gemessregelten Manfelder Bergleute:

Ein Posten Bastseide imit. in neuer Ausm. 55 Pf.
Ein Posten Schwarz Cheviot doppelbreit Meter 58 Pf.
Ein Posten Schwarz Crêpe-Piqué doppelbreit Meter 68 Pf.
Ein Posten Schwarz Cheviot reine Welle doppelbreit, Mtr. 75 Pf.
Ein Posten Elfenbein Diagonal doppelbreit Meter 70 Pf.
Ein Posten Alpaca einfarbig u. laschgemust. ca. 95 cm breit, Meter 80 Pf.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Liberalität und Parteipolitik Paul Hennig, für Inland, Gewerkschaftliches, Journalisten und Vermittliches Karl Bod. für Lokales Otto Fiebich, für Provinziales und Verammlungen, berichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Grosser Räumungs-Ausverkauf

Geschäftshaus

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

<p>Ein Posten Kostium-Röcke aus g. Stoffen in all. Welt u. Gröss. Jetzt Stück 15.00 b. 1 M.</p> <p>Ein Posten Blusen-Hemden aus gestr. Popo-knöpfen. Jetzt Stück 1 M.</p> <p>Ein Posten Blusen aus gut. Vollenstoff gearbeit. 90 u. gefärbt. Jetzt Stück 9.50 b. 2 M.</p> <p>Ein Posten Paletots a. hell. u. dunkl. Winterfarbig. Jetzt Stück 22.50 b. 3 M.</p> <p>Ein Posten Winterpaletots a. Sac. os Jetzt Stück 3 M. 75</p> <p>Ein Posten Cheviot-Paletots Form. Jetzt St. 22.50 b. 6 M.</p>	<p>Ein Posten Bastseide imit. in neuer Ausm. 55 Pf.</p> <p>Ein Posten Schwarz Cheviot doppelbreit Meter 58 Pf.</p> <p>Ein Posten Schwarz Crêpe-Piqué doppelbreit Meter 68 Pf.</p> <p>Ein Posten Schwarz Cheviot reine Welle doppelbreit, Mtr. 75 Pf.</p> <p>Ein Posten Elfenbein Diagonal doppelbreit Meter 70 Pf.</p> <p>Ein Posten Alpaca einfarbig u. laschgemust. ca. 95 cm breit, Meter 80 Pf.</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Kennen Sie schon
Blank's Modealbum

und die glanzvoll bewährten
Blank's Schnittmuster?

Verlangen Sie solche bei uns.
Ein Versuch überzeugt.

Nussbaum.



Füllungen in Halle a. Saale:

Geiststrasse 55, Ludwig Wuchererstrasse 59,
Sohmerstrasse 14, Steinweg 24,
Zeltz, Kramerstrasse 13.
Niederlage bei Herren Gebrüder Kleeberg, Schkenditz, Bahnhofstr. 48.

Meiner werten Kundschaft sowie einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung,
dass ich mit heutigem Tage mein

**Bandagen-, Chirurgie-Instrumenten-
und Gummiwaren-Geschäft**

wegen Neubau meines Grundstückes nach dem Nachbarhause

Barfüßlerstrasse 11

(Ecke Schulstrasse) verlegt habe.

Hochachtungsvoll

F. Hellwig, Febr. 1910
2620.

Sozialdemokratischer Verein, Grana.

Sonntag den 30. d. Mts., abends 8 Uhr,
im Saale des Herrn Baum

Mitglieder-Versammlung.

Referent zur Seele.
Wichtiger Tagesordnung halber wünscht, daß alle Mitglieder
erscheinen
Der Vorstand.

Benehme Ortskrankenkasse z. Naumburg a. G.

Generalversammlung

für die Wahl der Vertreter als Ersatz nach § 40 des Statuts und
§ 87 des Krankenversicherungsgesetzes für die Zeit bis 31. Dez. 1910.
Es wählen die Herren Arbeiter:

Montag den 7. Februar 1910, abends 9 Uhr, im Ratstafel
Rommers Sandstr. 35 Vertreter.

Es wählen die Herren Arbeitnehmer:

Freitag den 4. Februar, abends, im Saal zum schwarzen Adler,
und zwar: freiwillig abends 7 1/2 Uhr, 14 Vertreter,
z. die übrigen Arbeitnehmer 8 Uhr, 70 Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Berufsmittelglieder und Arbeit-
geber beim Herrn Vertreter, welche Beiträge an die Kasse zahlen,
21 Jahre alt und die bürgerlichen Grundrechte besitzen.
Der Vorstand.
H. A. Grunert, Vorsitzender.

Zeit.

Melzer's Restaurant.

Sonnabend, Sonntag u. Montag,
den 29., 30. u. 31. Januar,
Grosses Bockbierfest.
Hierzu ladet ergebenst ein
O. Melzer.

Zeit.

Otto Himmelsbergs Restaurant

Altenburgerstr. 48.
Sonnabend u. Sonntag
den 29. u. 30. Januar

Bockbierfest.

Es ladet freundlichst ein
O. H.

Stiefel u. Schuhe werden billig
pariert mit gutem Geruch.
Niemensieder.
J. Stornlicht, Alter Markt 11.

Freitag: Schlachtfest
H. Richter, Schugentw.

Soziald. Verein f. Halle u. d. Saalkr.

Donnerstag den 27. Januar 1910 abends 8 1/2 Uhr
im großen Saale des Volksparks, Burgstraße 27:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über den preussischen Parteitag. Bericht-
erstatte Gen. Ab. Thiele, Halle.
2. Diskussion.
3. Wahl von vier Schiedsrichtern zur Volkspark-Verwaltung.
4. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Naumburg-Weißenfels-Zeit.
Oefftl. Frauenversammlungen.

Freitag den 28. Januar abends 8 Uhr:

Zeuchern

Gasthof „Zum grünen Baum“.

Zeit

in der „Reichshalle“.

Sonnabend den 29. Januar abends 8 Uhr:

Gröben.

Wildschütz.

Sonntag den 30. Januar:

Ostfeld

abends 7 1/2 Uhr.

Wählig

nachmittags 4 Uhr.

Genossin A. Meißig.

Referentinnen:

Genossin M. Bollmann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Die Arbeiterfrauen im Kampfe um Brot
und Recht.**

Freie Diskussion.

Freie Diskussion.
Entree pro Person 10 Pf. Der Zentralvorstand des Sozialdemokr. Vereins.

Bitterfeld.

Sonnabend d. 29. Januar abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“
Grosse öffentliche

: Volksversammlung :

Tagesordnung:

„Die Frau im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiterenschaft.“
Ref.: Frau Gertrud Hanna, Sekretärin der Generalkommission der Gewerk-
schaften Deutschlands.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Einberufer.

Zeit. Arbeiter-Bildungs-Ausschuss. Zeit.

Montag den 31. Januar abends 8 1/2 Uhr

Theater in der „Zentralhalle“.

Deutscher Künstler-Ensemble. Dir. Lange.

Der Meindbauer.

Vollstück von Ludwig Anzengruber.

Billetts sind nur im Vorverkauf bei den Genossen Leopold,
Windau, Kämpfe, Dähler sowie in den Verkaufsstellen des Kon-
sum-Vereins zum Preise von 25 Pf. für Gallerie und 30 Pf.
für nummerierten Platz zu haben.

Deutsche Eiche,

Böllbergsweg 5,
Sonntag d. 30. Januar

Gr. Maskenball

mit Prämierung.
Anfang 7 Uhr.

Ausständige Masken haben keinen Zutritt
Hierzu ladet freundlichst ein
Max Wunderak.

Zeit. Hamburger Fischhalle.

Größtes Bild-Operntheater
am Platz.

Große Auswahl in frischen
Geeßfischen zu billigen Tages-
preisen. 9. Fährweg, 1891,
8-4 mal täglich, direkt aus der
Kücherei einreichend.
Sehe Deutsches f. Händler.

Helbra.

Meine neueste Bettfedern-
Maschine ist tägl. L. Werthe. Schö-
ne alt. Bettfedern. Ist wie neue
& 2 1/2 d. Gewicht. Preis nur 10 Pf.
Kaufleute u. Damen sowie Einzelne
in Vertretung. Adressen bei
Georg Meyer, Halbra.

Böhlert's Restaurant

Glauchauerstrasse 75.

Täglich Frei-Konzert

des Damen-Orchesters „Dinabolo“.

Hohenzollern, Zeit.

Sonnabend u. Sonntag
den 29. u. 30. d. Mts.,

Or. Bockbierfest.

Hierzu ladet freundlichst ein
Richard Gelle.

Gasthof Schrauditz.

Sonnabend und Sonntag,
d. 29. u. 30. Januar.

**Gr. Bockbier-
Ausschank.**

Hierzu ladet freundlichst ein
Gustav Röhr.

